Erscheint Wochentags 2 Mal.
Früh 6½ Uhr.
Nachmittag 5½ Uhr.
Sonn- und Festtags nur früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Morgen-Ausgabe bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 5 Mk., incl. Bringerlohn 6 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 17. Sonnabend den 10. Januar 1880. 74. Jahrgang.

Leipzig, 10. Januar.

Der Nothstand in Oberschlesien.

Der Nothstand in Oberschlesien hat endlich glücklich die Phase der bureaukratischen Ermittelungen und Untersuchungen überwunden, und das Resultat ist gestern dem preußischen Abgeordnetenhause in einer Creditvorlage von 6 Millionen Mark durch den Finanzminister vorgelegt worden. Es ist anzunehmen, daß die nach amtlichen Quellen ermittelte Zahl der Nothleidenden nicht mehr als 105—106,000 Seelen beträgt, wiewohl frühere, gleichfalls beglaubigte Mittheilungen eine höhere Ziffer angaben, ohne daß jene Kreise hinzugerechnet waren, die später vom Nothstande ergriffen wurden. Tröstlich ist es, von Herrn Bitter zu erfahren, daß bis Ende dieses Monats reichliche Mittel vorhanden sind; aber die Debatte im Hause wird den Zusammenhang dieses Satzes mit dem weiteren darthun müssen, nach welchem erst mit Ende dieses Monats die staatliche Beihülfe in größerem Umfange als bisher einzutreten hat. Bis zur Stunde wurde die Unzulänglichkeit der Mittel, mit welchen der Staat den Nothleidenden zu Hülfe kommen könne, als Hauptmotiv für die Dringlichkeit der Vorlage angenommen. Jedenfalls hat unter diesem Eindruck die Privatwohlthätigkeit jene Erfolge erzielt, die unter anderen Umständen die erste Pflichterfüllung des Staates gewesen wäre. Die von dem Minister vorgeschlagene Verwendung der 6 Millionen Mark fand unter den Abgeordneten eine getheilte Aufnahme. Man wollte weder zugeben, daß 1½ Million Mark (mit Hinzunahme von 1 Million Mark aus bereiten Mitteln) genügen würden, um bis Ende Mai der Noth in allen Gestalten wirksam zu begegnen, noch weniger, daß mit weiteren 4½ Millionen Mark wieder solche Experimente mit Darlehen gemacht werden sollen, wie sie sich seiner Zeit beim ostpreußischen Nothstande nichts weniger als bewährt haben. „Wie wir hören", schreibt man uns, „wird nach dieser Richtung hin eine Amendirung der Vorlage von liberaler Seite versucht werden, obwohl nicht viel Aussicht vorhanden, daß die Majorität des Hauses diese Vorschläge annehmen wird. Die Parteipolitik hat sich der Nothstandsfrage bereits in der Presse bemächtigt und von conservativer Seite will man nichts davon wissen, daß der ultramontane Spuck und die Ausbeutungssucht der Großgrundbesitzer und Fabrikherren einen großen Theil der Schuld an der Verarmung des oberschlesischen Volkes tragen. Es war eine wahre Wohlthat für die Herren auf der Rechten, als Herr Bitter erklärte, daß das Netz durchrissen werden müsse, welches die Wucherer um die arme oberschlesische Bevölkerung geschlossen. Sie begleiteten ihn mit lebhaften Bravos, als er auf die in den antisemitischen Organen häufig vorkommenden Anklagen zu sprechen kam, daß die wucherischen Bestrebungen sich leider auch während des Nothstandes geltend gemacht hätten. In der Debatte über die Vorlage werden wohl die näheren Umstände angegeben werden müssen, welche die Regierung veranlassen, durch den Finanzminister anzukündigen, daß die Bevölkerung Oberschlesiens von den Wucherern, eventuell selbst gegen ihren Willen befreit werden müsse."

Die Rede des Herrn Ministers hat folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Ich habe die Allerhöchste Ermächtigung, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch Mißernte und Ueberschwemmung entstandenen Nothstandes in Oberschlesien. Ich glaube mich im Allgemeinen auf Dasjenige beziehen zu dürfen, was ich bei Beantwortung der Interpellation in der vorletzten Sitzung vor den Ferien ausgesprochen habe. Im Wesentlichen haben sich die Verhältnisse nicht zum Bessern, wohl aber durch die Einwirkung des Frostes zum Schlimmern gewendet. Um die Verhältnisse ganz genau nach allen Seiten hin übersehen zu können, haben wir es für nöthig gehalten, sie an Ort und Stelle einer eingehenden Besprechung zu unterziehen, und der Herr Minister des Innern und ich haben in Oppeln unter Zuziehung aller Betheiligten die Besprechung bis in die kleinsten Details stattfinden lassen. Es hat sich daraus ergeben, daß außer den von mir früher genannten 6 Kreisen, in welchen erhebliche Nothstände zu beklagen sind, noch einige andere Kreise von dem Nothstande betroffen werden sind, welche gleichfalls die Berücksichtigung in Anspruch nehmen. Die Zahl derjenigen Personen, welche als dem Nothstande verfallen betrachtet werden können, beziffert sich auf 105—106,000 Menschen. Es kann angenommen werden, daß bis zum Ende dieses Monats reichliche Mittel vorhanden sind, um jeder Gefahr zu begegnen. Es ist daher unrichtig, wenn behauptet worden ist, daß irgend Etwas versehen ist, daß irgend eine Hülfe zu spät komme. Es fehlt weder an Naturalien, noch an Geld. Aber mit Ende dieses Monats ist es nothwendig, daß die Staatsmittel in größerem Umfange eintreten. Eine sorgfältige Berechnung hat ergeben, daß die Ernährung für diese große Anzahl von Personen im Ganzen auf 4 Monate bis zum 1. Juni hin nothwendig sein wird, wo angenommen werden darf, daß Arbeit reichlich vorhanden ist und daß, um vollkommene Ernährung zu beschaffen, 2,500,000 ℳ in Anspruch werden genommen werden. Es sind augenblicklich an Mitteln vorhanden über 1 Million Mark, und es werden also der Bewilligung des hohen Hauses zu diesem Zwecke anheimgestellt werden 1,500,000 ℳ. Damit ist aber der Bedarf für die nothleidenden Districte nicht gedeckt. Es ist nothwendig, daß für die Saat des nächsten Jahres gesorgt werde, um den Bedarf für die nothleidenden Districte für das folgende Jahr beschaffen zu können, und es ist nothwendig, daß, bis Futtermittel durch die Natur gewährt werden, auch das Vieh ernährt werde. Für diesen Zweck werden in Anspruch genommen zusammen 4 Mill. Mark, so daß im Ganzen 5,500,000 Mark in runder Summe erforderlich sein werden, um mit voller Sicherheit dem Nothstand entgegenzutreten. Inzwischen ist es nicht mit Bestimmtheit zu übersehen, ob und in welchem Maße diese Summe ausreichen werde, auch bedarf die Regierung nicht unerheblicher Mittel, um den Gemeinden durch Unterstützung des Wegebaues zu Hülfe zu kommen und denjenigen, die Arbeit leisten können und müssen, Arbeit zu beschaffen. Es geht der Antrag der Regierung im vorliegenden Gesetzentwurf dahin, eine Summe von 6 Mill. Mark zu bewilligen, um ihr nach allen Seiten hin freie Verfügung und die größtmögliche Sicherheit zu verschaffen. Es ist die Absicht der Regierung, die zuerst genannten 1½ Mill. Mark zur unmittelbaren Ernährung der nothleidenden Bevölkerung à fond perdu bewilligt zu sehen, und dies ist in dem Gesetze ausgesprochen. Betreffs der Summe von 4½ Mill. Mark wird es vor allen Dingen erwünscht sein, zunächst den Versuch zu machen, daß Diejenigen, die sich wieder emporarbeiten können, um Rückzahlungen zu leisten, diese Summe nicht sofort à fonds perdu bekommen, sondern daß die Unterstützung ihnen mit der Verpflichtung der Rückgewähr überwiesen werde. Es ist nicht die Absicht der Regierung, diese Summen direct zu überweisen, sondern §. 3 bestimmt, daß sie zur Beschaffung von Viehfutter und Saatgut den Kreisausschüssen zur Wiedereinziehung nach näherer Bestimmung der Regierung überwiesen werden sollen. Die Kreisausschüsse sollen selbstständig darüber beschließen, ob die Empfänger ihrer Ersatzpflicht zu entbinden sein werden. Ich glaube, diese Bestimmungen werden dahin führen, jede mögliche Rücksicht auf die einzelnen und auf die allgemeinen Verhältnisse eintreten zu lassen, und daß die Kreisausschüsse wohl diejenigen Selbstverwaltungsbehörden sind, die am ehesten in der Lage sein werden, direct den Verhältnissen ins Auge zu sehen, die Dringlichkeit zu beurtheilen und danach nach selbstständigem Ermessen zu entscheiden. Dies sind die Principien, nach welchen der Gesetzentwurf, der dem hohen Hause vorgelegt wird, entworfen ist. Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß bei Gelegenheit unserer Anwesenheit in Oppeln die Frage eingehender Erwägung unterzogen worden ist, in welcher Weise es möglich sein wird, den Verhältnissen der oberschlesischen Nothstandskreise eine dauernde Verbesserung zu Theil werden zu lassen. Es ist eine Anzahl von Vorschlägen in Betracht gezogen worden, die sehr der Erwägung bedürfen und die der Staatsregierung Veranlassung gegeben haben, bereits die ersten Schritte zu thun, um Klarheit und Sicherheit in diese Frage zu bringen. Wenn ich sie im Allgemeinen hier berühre, so geschieht es deshalb, weil sie im Gesetzentwurfe nicht Ausdruck finden konnten, da die Verhältnisse noch nicht entwickelt genug sind, um die Mittel zu bezeichnen, deren Gewährung zu beantragen sein würde. Vor Allem ist es erwünscht erschienen, das Land da, wo Eisenbahnen noch nicht bestehen, mit Eisenbahnen zu versehen, so daß durch dieselben eine leichte und schnelle Communication nach den größeren Absatzgebieten herbeigeführt werden kann, durch welche der dortigen Bevölkerung zu einem leichteren Verdienst und zur Erwerbsfähigkeit Gelegenheit gegeben wird. Es ist die Absicht, und es sind bereits die ersten Schritte inzwischen geschehen, eine Eisenbahnlinie von Kreuzburg über Rosenberg nach Lublinitz und Tarnowitz mit einer Abzweigung nach Bassowska zu führen, so das also 2 Kreise, die bisher mit der Eisenbahn in keiner Verbindung gestanden haben, in das Eisenbahnnetz gezogen werden. Es ist ferner unsere Absicht, eine Eisenbahn von Gleiwitz nach Rybnik zu ziehen, ferner von Oppeln nach Neiße und von Schidlow nach Grottkau. Es fragt sich, ob eventuell eine Linie zur Verbindung der Bahnstrecken Gleiwitz, Guido-Grube, Morgenroth nach Kattowitz-Renza zu ziehen ist. Es würde dies ein Bau sein von 228 km Länge und ungefähr 12½ Mill. Mark an Kosten verursachen. Es ist noch nicht auszusprechen, in welcher Weise die einleitenden Schritte, wie der Bau selbst vorgenommen werden sollen. Die Staatsregierung wird sich beeilen, sobald die Vorarbeiten im Gange sind, hierüber eine Vorlage zu machen, und dem hohen Hause die Prüfung dieser Verhältnisse mit allen Details anheimgeben. Es ist ferner in sehr dringliche Erwägung gestellt worden, daß namentlich die Bodencultur-Verhältnisse der Nothstandskreise einer Verbesserung bedürfen. Die Kreise leiden vorzugsweise an sehr schwerem, kaltem, undurchlässigem Boden, und es kann nur eine Verbesserung hier stattfinden, wenn im großartigen Maßstabe eine Drainage eingeführt wird. (Sehr richtig!) Es hat sich gezeigt, wie sehr die Leistungsfähigkeit des Bodens auf drainirtem Lande steigt, und daß gerade in diesem Jahre auf den großen Gütern mit Drainage eine verhältnißmäßig sehr gute Kartoffelernte stattgefunden hat, während nicht drainirte Grundstücke fast ganze Mißernten zu erleiden hatten. Nun sind trotzdem die Verhältnisse außerordentlich schwierig. Auf einer Fläche von einer Ausdehnung, wie ich sie ungern hier beziffern möchte, die aber doch in die Quadratmeilen geht, läßt sich die Drainage nur nach umfangreichen Vorarbeiten herstellen. Der Boden ist derart zerstückelt, in kleine Parcellen zersplittert, daß gerade dieser Zustand der Bodenverhältnisse nicht nur der Landescultur im Allgemeinen im höchsten Grade entgegensteht, sie schwierig, oft unmöglich macht, sondern auch die Drainage erschwert. Zudem hat sich ergeben, daß in den Nothstandskreisen Rybnik, Pleß und Gleiwitz die Zusammenlegung der Grundstücke fast kaum noch versucht worden ist. Diejenigen Theile der Kreise, in welchen eine Separation nach dieser Richtung stattgefunden hat, sind ein Minimum gegen den Flächeninhalt Desjenigen, was noch zusammenzulegen ist. Es ist eine dringende Aufgabe der Landescultur-Verwaltung, eine schnelle und energische Abhülfe zu schaffen. Es wird nothwendig, die Ausführung des Drainagesystems mit einer solchen Zusammenlegung der Grundstücke zu verbinden und neue Culturverhältnisse zu schaffen. Sollte dies nicht möglich sein, so würde die Gesetzgebung dafür sorgen müssen, daß die Drainage nicht aufgehalten werde und die Culturzwecke ohne Schwierigkeit so schnell wie möglich erfüllt werden. Es ist als ein sehr schwer wiegender Umstand bezeichnet worden, daß die Creditverhältnisse für die kleinen Leute sehr bedenkliche, bedauerliche seien. (Sehr richtig!) Es ist darauf hingewiesen worden, daß die dortige arme Bevölkerung, wie es scheint, mit einem Netz, mit einem unzerreißbaren Netz von Wucher umgeben ist. (Hört! hört!) Es ist durchaus nothwendig, daß dies Netz durchbrochen werde. (Beifall.) Wenn überhaupt der Bevölkerung geholfen werden kann, so wird es nur dadurch möglich sein, daß in diese Verhältnisse Licht und Sonnenschein gebracht wird. In welcher Weise dies möglich sein wird, darüber enthalte ich mich im Augenblicke jeder weiteren Bemerkung. Ich bemerke nur, daß es eine besondere Fürsorge der Staatsregierung ist, diese Verhältnisse in genaue Erwägung zu nehmen. Wenn alles das, was dort über die Einwirkung der wucherischen Bestrebungen in Bezug auf den Nothstand, unter denen wenigstens die arme Bevölkerung leiden soll, wahr ist, und wir haben allen Grund zu glauben, daß die volle Wahrheit vorliegt, dann können diese Verhältnisse nicht so bleiben, dann muß irgend etwas geschehen, um die Bevölkerung vielleicht wider ihren Willen zu schützen. Es wird darauf Rücksicht genommen werden, daß der Bevölkerung der Credit leichter zugänglich gemacht werde, damit der kleinere Grundbesitzer in die Lage kommt, seine Bedürfnisse an baarem Gelde nicht ausschließlich aus den Händen der Wucherer zu beschaffen. Was die Schulverhältnisse betrifft, so sind uns vielfache Klagen zur Kenntniß gebracht worden. Der Herr Cultusminister ist von uns ersucht worden, der Sache seine genaueste Aufmerksamkeit zuzuwenden, um Dasjenige zu thun, was nöthig ist, um nach dieser Richtung hin Abhülfe zu schaffen. Meinerseits kann ich hinzufügen, daß ich selbst bei der schwierigen Finanzlage gern bereit sein werde, mit Hülfe einzutreten. (Bravo!) Endlich kommt es darauf an, Arbeitsgelegenheit so weit zu schaffen, daß für den Winter Arbeitsverdienst gegeben werde. Es ist dabei in erster Linie der Flachsbau in Aussicht genommen, der mit der Flachsbereitung im Winter einem großen Theile der Bevölkerung eine sehr nützliche und sehr lohnende Beschäftigung geben kann, vor allen Dingen aber auch dazu führt, die Frauen zu beschäftigen, ihnen eine Thätigkeit zu eröffnen, die ihnen für den Augenblick dort noch ganz fehlt. Daneben müßten andere Industriezweige, ich meine Strohflechten und Holzarbeiten, soweit es irgend nöthig ist, auch eingeführt werden. Es ist also nach allen Seiten hin, soweit die Regierung die Mittel in der Hand hat, ihre Absicht, nicht blos überhaupt Einleitungen zu treffen, sondern diese Einleitungen schnell, sicher und energisch durchzuführen. Weitere Vorschläge hat die Staatsregierung in diesem Augenblick, indem sie sich vorbehält, nöthigenfalls mit anderen Mitteln hervorzutreten, nicht zu machen. Wir glauben aber, daß das, was wir Ihnen vorschlagen, ein sehr reiches Feld der Arbeitsthätigkeit sowohl für die Gemeinden, wie auch für die Selbstverwaltung und die Regierung eröffnet, und daß es möglich sein wird, wenn auch erst in einer längeren Zeit, durch feste und sichere Handhabung der Geschäfte, durch unablässiges Arbeiten auf demselben Felde und nach demselben Ziele hin endlich einen Zustand herbeizuführen, der besseren Verhältnissen Bahn bricht. Ich stelle anheim, das Gesetz der Budgetcommission zu überweisen mit der Bitte, es auf jede mögliche Weise zu beschleunigen. (Beifall.)

Der erhabene Monarch, welcher die Geschicke des deutschen Volkes lenkt, hat der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens erneuten Ausdruck gegeben. Ein Schreiben, mit welchem der Kaiser die Glückwünsche der Berliner Stadtverordneten beantwortete, hat einen Inhalt, welcher, die ceremonielle Bedeutung weit hinter sich lassend, ein hochpolitisches Interesse in Anspruch nehmen muß. Das Schreiben sagt nach einigen Worten freundlichen Dankes:

Ihre Adresse gewährt Mir willkommenen Anlaß, Meiner Hoffnung bestimmten Ausdruck zu geben, es werde mit Hülfe des Allmächtigen Meinem Einflusse gelingen, dem Deutschen Reiche die Segnungen des Friedens zu sichern. Das deutsche Volk wird demnach Gelegenheit finden, sich durch Fleiß, Sparsamkeit und redliches Erwerben die Vortheile eines neugehobenen Wohlstandes zu verschaffen. Es wird Mir zur Befriedigung gereichen, wenn ich in die Lage komme, günstige Erfolge solchen Strebens in weiten Kreisen zu beobachten.

Einen bestimmten Ausdruck will der Kaiser seiner Hoffnung geben, daß es seinem Einflusse gelingen wird, dem deutschen Volk die Segnungen des Friedens zu sichern. Fester und nachdrücklicher konnte der Kaiser die Friedensmission des Reiches nicht betonen, als es in diesen Worten geschah. Aber auch keine autoritativere Stimme in Europa konnte sich zum Organ so hoffnungsvoller Friedensversicherung machen als der greise Herrscher.

Die Berufung des Reichstags ist für die erste oder zweite Februarwoche mit Sicherheit zu erwarten. Wahrscheinlich wird, falls es zu einer Nachsession für den preußischen Landtag kommen sollte, der letztere bald nach Zusammentritt des Reichstags vertagt. Man nimmt in Berlin an, daß die Reichstagssession bis Ostern dauern wird. Die vorherrschende Absicht einflußreicher Militairs, in dem diesjährigen Etat die bekannten Mehrforderungen für die Artillerie einzustellen, soll an dem Widerstande gescheitert sein, der von anderer maßgebender Seite Dem entgegensetzt wurde. Es ist nicht nur erwogen worden, daß die Einführung des Zolltarifs, die Verstaatlichung der Privatbahnen ꝛc. eine wenn auch nur momentane finanzielle Anspannung des Staatscredits erheischen, sondern auch, daß Frankreich nicht durch unsere artilleristischen Rüstungen alarmirt werden dürfe in einem Augenblicke, wo man schon um Rußlands willen die guten Beziehungen mit dem Elysée aufrecht zu erhalten wünscht. Endlich haben auch der Nothstand in Oberschlesien und die unveränderte wenig günstige Lage des Handels und der Industrie (mit Ausnahme einiger weniger Artikel) dazu beigetragen, den Moment nicht für opportun zu erachten, mit diesen Mehrforderungen für die Bedürfnisse der Armee an die Nation heranzutreten.

Der Druck, der von Seiten des Berliner Cabinets auf die rumänische Regierung ausgeübt worden ist, um dieselbe zu einer Abänderung der auf die Statutenrevision der rumänischen Eisenbahnen bezüglichen Kammervorlagen zu bewegen, hat seinen Erfolg nicht verfehlt. Die Bukarester Deputirtenkammer hatte jene Bestimmungen des Regierungsentwurfs, die sich auf den Sitz der Generaldirection der Eisenbahngesellschaft beziehen, dahin modificirt, daß die letztere fortan in Bukarest, anstatt, wie in den Conferenzen zwischen dem Finanzminister Sturdza und dem Berliner Consortium vereinbart worden, in Berlin zu domiciliren habe. Beide Körperschaften der rumänischen Volksvertretung haben nunmehr die Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder hergestellt. Daß der Einfluß, den somit die Reichsregierung auf die Gestaltung der Eisenbahnverhältnisse an der unteren Donau gewinnt, in manchen Kreisen ein leises Mißbehagen hervorruft, kann nicht besonders Wunder nehmen. Indessen verdient es doch Beachtung, daß die dem gegenwärtigen französischen Cabinet nahe stehende und gewissermaßen als das Pariser „freiwillig gouvernementale Blatt" zu bezeichnende „République Française" sich zum Organ dieses neidischen Unmuthes macht und ihren schlecht verhüllten Aerger unter einigen zweifelhaften Liebenswürdigkeiten gegen den Schöpfer des Berliner Congresses versteckt. Sehr bemerkt wird in dieser Beziehung in der Diplomatie nahestehenden Kreisen Berlins einmal, daß in den Ausführungen des französischen Blattes die Einmüthigkeit der Westmächte und Deutschlands in Rücksicht auf die conforme Behandlung der Anerkennung Rumäniens geradezu anerkannt und auf ein bestimmtes Abkommen zurückgeführt wird, dann aber, daß Frankreich gegenwärtig keine Veranlassung zu haben glaube, die privaten Interessen der deutschen Regierung zu unterstützen. Dieselben hätten mit dem Berliner Vertrage nicht das Geringste zu thun, und wenn sie auch noch so achtungswerth sein mögen, so berührten sie doch in keiner Weise die Verpflichtungen Europas gegen Rumänien, noch diejenigen Rumäniens gegen Europa, besonders nach der befriedigenden Lösung der Judenfrage. Man muß sagen, daß diese Auslassungen sehr an Wichtigkeit dadurch verlieren, daß sie post festum kommen und dahin hinauslaufen, offene Thüren einzustoßen. Denn wie uns versichert wird, dürfte auf Seiten des Berliner Cabinets gegenwärtig kein Hinderniß mehr für eine Anerkennung Rumäniens vorliegen.

Noch ist ein Ausgleich mit Rom nicht getroffen. Geheimrath Hübler, der vortragende Rath aus dem preußischen Cultusministerium, der dem deutschen Botschafter in Wien bei den Verhandlungen

SLUB
Wir führen Wissen.